

Automobil-SBVen wollen geförderte Altersteilzeit und die Rücknahme der Rente mit 67

Bei BMW in Dingolfing, wo der Arbeitskreis Schwerbehindertenvertretungen der Deutschen Automobilindustrie (AK SBV) im Mai mit gut 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern tagte, ist die Absatzkrise nicht zu übersehen. Der halbvolle Parkplatz signalisiert Kurzarbeit – geplant noch bis mindestens Ende Juni. Am Standort mit rund 18 000 Beschäftigten werden Fahrzeuge ab der 5er-Reihe aufwärts gefertigt, die nun weniger gefragt sind. Jeder zweite Beschäftigte der Region arbeitet laut dem IG Metall-Bevollmächtigten Grashei kurz. Auch im niederbayerischen Integrationsamt schlägt die Wirtschaftskrise voll durch – mit einem Anstieg der Anträge auf Zustimmung zur Kündigung von über 50%! Genug Gesprächsstoff für die Diskussion mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz.

In Sonntagsreden werden Integration, Wiedereingliederung und die hohe Sozialkultur der Unternehmen gerne gefeiert, doch genaues Nachforschen fördert Imagekratzer zutage: Die bayerische Zentralstelle der Integrationsämter in Bayreuth

Thomas Keyßner vom Integrationsamt, Bertram Brossardt von den Bayerischen Arbeitgeberverbänden, Werner Feldes von der IG Metall sowie dem AK-Vorsitzenden Bernhard Grunewald (KSBV Opel). Zuvor mahnte der Standort-Betriebsratsvorsitzende Stephan

Schmid, die Rente mit 67 auf den Prüfstand zu stellen, wenn im Jahr 2010 die Fakten und Beschlüsse zur Revision anstünden. Sie passe nicht in die Arbeitswelt, denn „die Belastungen im Arbeitsleben steigen ständig weiter, ohne dass ein Ende der Leistungsspirale in Sicht ist“, so Schmid. Er frage sich oft: „Wer sind die scheinbar gesunden, wer die vorgeblich kranken und behinderten Menschen in unserer Gesellschaft?“

derntenvertretung (SBV) seit Jahren erfolgreich sei: Gehörlose BMW-MitarbeiterInnen kommen je nach Bedarf mehrmals im Jahr zu ihrer „Lernstadt“ zusammen, werden geschult, erfahren das Neueste aus dem Werk, aus dem Sozialrecht und von ihrer SBV. Keyßner warb darum, die Integrationsämter in der Krise frühzeitig anzusprechen, um gefährdete Arbeitsverhältnisse mit den Präventions-Instrumenten zu schützen. Außerdem warnte er: „Punktuell wird das Betriebliche Eingliederungsmanagement von Arbeitgebern zum Kündigen missbraucht wird. Wir müssen gemeinsam aufpassen, dass die gute Absicht des Gesetzes nicht ad absurdum geführt wird.“

Mit Kurzarbeit, Qualifizierung und Inklusion durch die Krise

Aus Sicht der Behindertenbeauftragten Evers-Meyer ist „Deutschland ist in Sachen Integration rechtlich und theoretisch gut aufgestellt“, doch es mangle an der Orientierung auf den ersten Arbeitsmarkt, die die UN-Behindertenrechtskonvention einfordere, sowie an mehr und besserer Qualifizierung von behinderten Beschäftigten. Der Förderschulbesuch sei alles andere als eine Eintrittskarte für den ersten Arbeitsmarkt (siehe Verweis auf Studie unter „Weitere Informationen“), sondern behindere die Teilhabe am Arbeitsleben.

Dies bestätigte Mathilde Niehaus, die zurzeit in einem vom Bundesarbeitsministerium geförderten Forschungsprojekt Ausbildungsbarrieren junger Menschen mit Behinderungen untersucht (siehe Kasten „Daten und Fakten: Der AK SBV ...“). Das Projekt wurde vom AK SBV sowie der IG Metall und dem Sozialverband VdK auf den Weg gebracht.



Minister mit-tendrin: Der Vorstand des Arbeitskreises Schwerbehindertenvertretungen der Deutschen Automobilindustrie empfing bei seiner Jahrestagung im BMW-Werk Dingolfing unter anderem Bundesarbeitsminister Olaf Scholz. Im Bild (von links): Erwin Gegenfurtner (BMW), Eberhard Mörke (Daimler), Harald Krüger (BMW-Arbeitsdirektor), Bernhard Grunewald (AK-Vorstandssprecher, Opel), Bundesminister Olaf Scholz (SPD), Maria Holzner (BMW), Michael Blenk (Audi).

bestätigte gegenüber dem Straubinger Tagblatt ein Plus von mehr als 50% bei Entlassungsanträgen schwerbehinderter Menschen im Bezirk Niederbayern. Also werden die Schwächsten zu Opfern der Krise, und zwar trotz der vorgeblich so starken sozialen Schutzrechte, von denen die Arbeitgeber behaupten, sie engten sie in ihrer Handlungsfreiheit unzulässig ein. Sind die Betroffenen erst einmal arbeitslos, finden sie kaum noch eine Stelle – weil gehandikapt und in der Regel älter. Erst recht nicht in einer eher strukturschwachen Region wie Niederbayern.

Die Diskussionsrunde wurde bestritten von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, der Bundesbehindertenbeauftragten Karin Evers-Meyer, Professorin Mathilde Niehaus von der Uni Köln, BMW-Arbeitsdirektor Harald Krüger,

Vorsicht vor dem Missbrauch des Eingliederungsmanagements BMW-Arbeitsdirektor Krüger verwies auf Erfolge bei der Prävention und der Integration behinderter Menschen: Mit dem Projekt zum alternsgerechten und Gesundheit schonenden Arbeiten in Dingolfing („Heute für morgen“, siehe Kasten) stelle sich BMW dem demografischen Wandel. Und er informierte über den Ausbildungsbereich für gehörlose Jugendliche, von denen einige der Diskussionsrunde gemeinsam mit ihrer Gebärdendolmetscherin folgten.

Thomas Keyßner griff dieses vorbildliche Beispiel auf und verwies auf das Projekt „Lernstadt“, das unter der Federführung der BMW-Schwerbehin-

Bundesminister Scholz verwies auf die gute Tradition der Sozialpartnerschaft, die auch im Sinne beruflicher Inklusion zu beleben sei. Er ging auf die Wirkung der Konjunkturprogramme der Bundesregierung und den Bankenrettungsplan ein: „Den haben wir gemacht, weil er in der Finanzkrise nötig war, nicht aus Liebe zu den Banken.“ Die so genannte Umweltprämie habe sich bei der Stabilisierung der Autobranche bewährt, so Scholz, jetzt müssten Kündigungen vermieden werden: „Wird es eng auf dem Arbeitsmarkt, waren bisher die Schwächeren hart betroffen.“ Scholz forderte bei der Krisenbewältigung von den Arbeitgebern eine inklusive Personalpolitik und verwies auf die Verlängerungen des Kurzarbeitergeldes per Rechtsverordnung: „Im Dezember habe ich die Ausdehnung von sechs auf 18 Monate verfügt, inzwischen haben wir die Höchstdauer auf 24 Monate ausgedehnt. Dazu kommen reduzierte Arbeitgeberlasten, sie tragen nur die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge.“ Wer darüber hinaus Beschäftigte in Kurzarbeit weiterqualifiziere, dem werde der zweite Anteil der Sozialbeiträge ebenfalls erlassen.

Am Arbeitsmarkt der Zukunft kommt es auf jede/n an

Scholz versicherte, dass es künftig auf jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer ankomme, „weil schon mehr Ältere in Rente gehen als Junge nachkommen“. Bei der von der Bundesregierung gestarteten Initiative

„Neue Kultur der Arbeit“ gehe es nicht nur um eine humanere Arbeitswelt – wie in Projekten der siebziger und achtziger Jahre –, sondern auch um einen humaneren Blick auf die Belegschaften: Fragen des Gesundheitsmanagements seien mit dem Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit zu verknüpfen. „Wir brauchen Rahmenbedingungen für gute Arbeit und gute Qualifikation“, so der Bundesarbeitsminister. Menschen ab 40 müssten generell die Chance erhalten, ihre Berufsperspektive neu zu klären. „In den Unternehmen ist eine Inklusionskultur nötig, die neben der Ausbildung jüngerer Behinderter auch die Neueinstellung 60-jähriger erlaubt, und zwar nicht nur in den Vorständen.“ Dies sei eine der Lehren aus der in Deutschland seit dem 26. März geltenden UN-Behindertenrechtskonvention.

Geförderte Altersteilzeit möglich, aber nur bei Azubi-Übernahme

Die geförderte Altersteilzeit mache für ihn weiterhin Sinn, wenn die Unternehmen gleichzeitig ihre Hausaufgaben machten und in gute, altersgerechte Arbeitsbedingungen investierten. Scholz erklärte: „Ich kann mir fünf Jahre Aufschub bei der geförderten Altersteilzeit vorstellen, wenn die Betriebe als Voraussetzung wirklich zusätzlich Auszubildende übernehmen – keine Mitnahmeeffekte mehr!“

Für den AK SBV forderte Vorstandssprecher Bernhard Grunewald Olaf

Scholz dazu auf, bei der Initiative „Neue Kultur der Arbeit“ das Erfahrungswissen der Schwerbehindertenvertretungen in Sachen Prävention und Teilhabe einzubinden. Und er begrüßte die mögliche Verlängerung der Altersteilzeit. Dagegen plädierte Arbeitgeber-Vertreter Brossert dafür, nach betrieblichen Alterstrukturanalysen betriebliche Insellösungen zu gestalten.

Teilhabewissen verbreiten, Netzwerke knüpfen, Modelle erproben

Werner Feldes vom IG Metall-Ressort Teilhabepolitik knüpfte bei den Ideen der Initiative „Neue Kultur der Arbeit“ an – Gesundheitsförderung sowie Beschäftigungsfähigkeit – und machte sich für ein Präventions- und Qualifizierungsgesetz stark. „Wer die Personalpolitik künftig in Richtung inklusiv umsteuern will, muss die Vorgesetzten und die Interessenvertretungen mitnehmen, muss Defizite beim Teilhabewissen abbauen und Themen wie Ausbildung ohne Barrieren oder betriebliches Gesundheitsmanagement in vorzeigbaren Modellen erproben.“ Bestmögliche und frühzeitig eingeleitete integrierte medizinische Versorgung sowie vernetzte Reha-Angebote seien bei alternden Belegschaften in Zukunft unverzichtbar. Arbeitsdirektor Krüger kritisierte statische Reha-Regelungen – alle vier Jahre drei Wochen – als „nicht lebensnah und bedarfsgerecht“. Prof. Niehaus forderte beim Eingliederungsmanagement von den Arbeitgebern mehr Daten-

BMW-Projekt: Arbeit 2017 – auch für Ältere

Im BMW-Werk Dingolfing konnte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz das Projekt „Heute für morgen – Produktionssystem 2017“ begutachten: Es geht seit zwei Jahren der Frage nach, wie das Arbeitsleben in einigen Jahren aussehen kann, wenn der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter/innen von zurzeit rund 40 auf 47 Jahre und mehr angestiegen ist. Das Projekt mit 38 Beschäftigten – Altersschnitt 47 – simuliert Produktionsbedingungen an einem Montageband für Achsgetriebe im Jahr 2017 und gestaltet Rahmenbedingungen, die die Vorteile älterer Arbeitnehmer/innen optimal nutzen können; auch das Arbeitsumfeld wird deren Bedürfnissen entsprechend angepasst. Anders als in der Produktion üblich wechseln die Arbeitskräfte alle zweieinhalb Stunden den Arbeitsplatz, sie gehen täglich unterschiedlichen Tätigkeiten nach. Gearbeitet wird in zwei Schichten, pro Tag gibt es zehn Minuten Zusatzpause, montags startet die Schicht etwas später.

Teilweise wurden Kleinigkeiten angepasst: in Kopfhöhe montierte Monitore mit vergrößerter Schrift, bessere Beleuchtung, den Krafteinsatz optimal umsetzende Werkzeuge wie eine extra entwickelte Montagezange. Das Personal steht nicht mehr auf hartem Betonboden, sondern auf federndem Parkett, und es gibt individuell angepasste Sicherheitsschuhe. Auch kontinuierliches Stehen ist nicht mehr nötig, es wurden spezielle Hocker angeschafft, die das Sitzen bei bestimmten Arbeitsgängen ermöglichen. Das Projekt stellt sich als kontinuierlicher Anpassungsprozess dar, neue Erkenntnisse werden fortlaufend in die Produktionsabläufe integriert: Neben ergonomisch gestalteten und Ressourcen schonenden Abläufen geht es um die Erprobung und Unterstützung von gesundheitsförderlichen Verhaltensweisen, aber auch um die Steigerung der Produktivität: Bei Projektstart wurden 4,6 Achsgetriebe pro Minute produziert, ein halbes Jahr später bereits 5,3. Das Modellprojekt soll jetzt an weiteren Standorten adaptiert werden.

Der Erfolg wird letztendlich an den Fakten abgelesen: Zwar punkten ältere Arbeitskräfte mit Erfahrung und Kompetenz, doch ihre Krankenquote ist faktisch höher. Ob die Arbeitgeber unter diesen Bedingungen in der Fläche Ernst machen mit Inklusion älterer, behinderter und gesundheitlich angeschlagener Beschäftigter, bleibt abzuwarten.

schutz und Gesetzestreue, damit die Beschäftigten Vertrauen fassten und sich auf Hilfen oder Reha-Begleitung auch beruhigt einlassen könnten.

Weitere Schwerbehindertenvertretungen sowie der Landshuter IG Metall-Bevollmächtigte Robert Grashei appellierten eindringlich an den Bundesminister, sich für die Rücknahme der Rente mit 67 einzusetzen, die nicht in die sozialpolitische Landschaft passe: „Weder der Arbeitsmarkt noch der Gesundheitszustand der Beschäftigten geben das her“, erklärte Grashei. Dagegen sei die geförderte Altersteilzeit für mehr

Flexibilität nötig, „ein fairer Berufsaufstieg für Alte, neue Jobs für Junge.“

Und die Diskussionsteilnehmer/innen bekräftigten, nicht nur Banken seien für die deutsche Wirtschaft systemrelevant; an der deutschen Automobilindustrie hingen ca. 2,5 Millionen Arbeitsplätze, davon rund 75 000 schwerbehinderte, gleichgestellte und gesundheitlich beeinträchtigte Arbeitnehmer/innen. „Wertschöpfung und Zukunftsperspektiven werden auch künftig nicht allein von der Dienstleistungsbranche ausgehen. Die Politik muss mit uns reden und Antworten finden“, bekräftigte Grashei.

Weitere Informationen

Die Dingolfer Rede von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz „Politik für behinderte Bürgerinnen und Bürger ist Bürgerrechtspolitik“ vor dem Arbeitskreis Schwerbehindertenvertretungen der Deutschen Automobilindustrie ist im Internet zu finden: www.olafscholz.de/deutsch/reden__texte/index.php. Kontakt zum Forschungsprojekt „Automobil: Ausbildung ohne Barrieren“ (Uni Köln) via Internet: <http://hf.uni-koeln.de/30068>. Eine Expertise zur schulischen Inklusion vom Frühjahr 2009, vorgelegt von der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen. Titel: „Welchen Beitrag leistet die schulische Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt?“, Info unter Mail: info@behindertenbeauftragte.de.